

# Plädoyer

Wie sieht es mit der Demokratiequalität in Österreich aus? Nicht nur Parteipolitiker befehlen sich, statt inhaltlich zu diskutieren. Auch in der Gesellschaft sinkt die Bereitschaft, andere Meinungen zu respektieren. Das ist eine Gefahr.



PROF. PETER FILZMAIER

## Filzmaier analysiert

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Donau-Universität Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

**1** Ein Streit in der Sache ist demokratisch. Man kann etwa für oder gegen Zuwanderung sein. Beide Standpunkte sind zulässig. Gefährlich wird es, wenn beim Asylrecht sowohl rechte als auch linke Politiker auf Kosten von Argumenten nur noch Stimmungsmache betreiben.

So hat der Klubobmann der FPÖ, Johann Gudenus, einen vom Bundespräsidenten besuchten „Asyl-Musterlehrling“ als Terroristen bezeichnet. Das war falsch und vielleicht eine bewusste Verleumdung. Wahrscheinlicher ist, dass Gudenus die Fakten gar nicht prüfen wollte. Lieber spielte er mit „Das sind ja lauter Kriminelle!“-Feindbildern und Ängsten.

Gerade bei Flüchtlingen muss jeder Einzelfall ohne Vorurteile sachlich geprüft werden. Stattdessen behaupten die Rechten von den Linken, diese wollen lauter Bombenleger und Vergewaltiger ins Land lassen. Hallo, geht's noch? Genauso widerlich ist umgekehrt, wenn SPÖ und Grüne Funktionäre der FPÖ als Menschenverächter hinstellen, die Leute im Mittelmeer gerne ersaufen lassen.

**2** Wollen wir die Sachfrage, ob junge Asylsuchende eine Lehre machen oder nicht, auf dem unterirdischen Niveau solcher Beleidigungen debattieren? Nein! Die gemäßigte Mitte – das ist die Mehrheit der Österreicher – verstummt und wendet sich mit Grausen ab. Was also tun? Politische Bildung! Das beste Rezept gegen Halbwahrheiten, Ver-

schwörungstheorien oder Propaganda von Parteien und Politikern sind mündige und gut gebildete Bürger.

**3** Wie das gehen soll? Politische Bildung vermittelt Wissen über unsere Verfassung sowie die Organisation von Parlament, Regierung und Justiz plus deren wechselseitige Kontrolle. Hinzu kommen Kenntnisse über Grund- und Menschenrechte.

Blieben wir beim Asyl, weil dazu hat fast jeder eine Meinung. Doch Hand aufs Herz: Wer hat die Genfer Flüchtlingskonvention aus dem Jahr 1951 gelesen? Wussten Sie, dass – weil häufig Angela Merkel im Mittelpunkt steht – in Artikel 16 des Grundgesetzes in Deutschland aus 1949 ein Anspruch auf Asyl geregelt ist und welche Ausnahmen es seit 1973 gibt?

Kann jemand erklären, wer nach welchen Kriterien bestimmt, was ein sicherer Herkunfts- oder Drittstaat ist? In welchem Gesetz sind in Österreich Asylverfahren geregelt, und was steht da? Wenn wir uns bei derartigen Fragen nicht bilden, fällt es Politikern leicht, mit Begriffen als Überschrift herumzuwerfen und sachlichen Tiefgang zu vermeiden.

**4** Was noch wichtiger ist: Politische Bildung fördert die Anerkennung demokratischer Grundregeln und Toleranz gegenüber Anders-

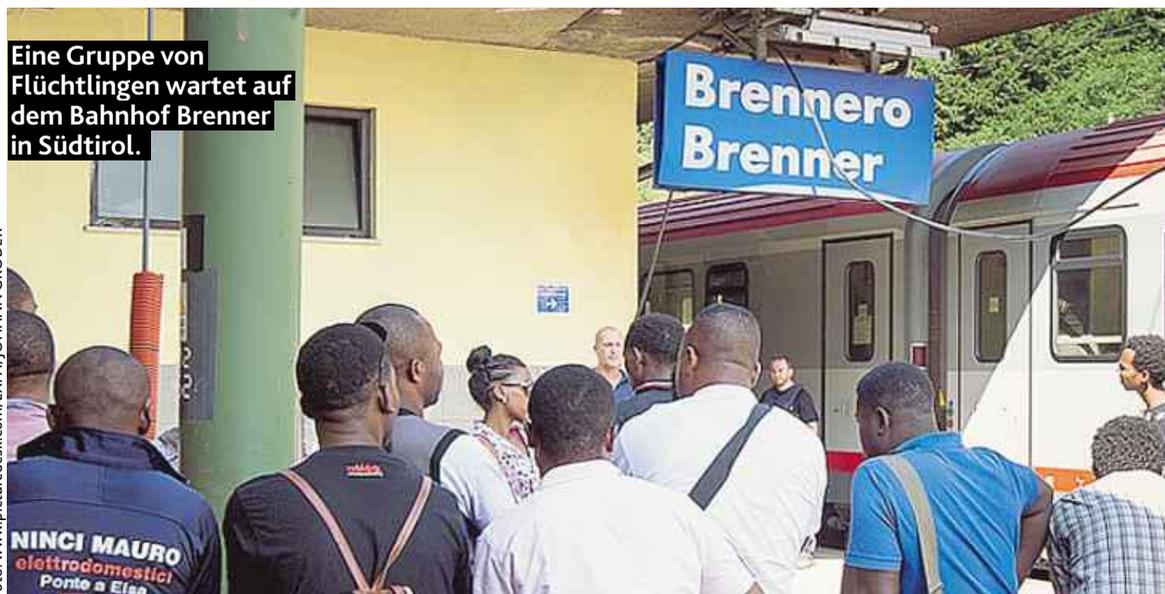


Angela Merkel – hier posiert sie für ein Selfie mit einem Flüchtling – wird oft für ihre Asylpolitik kritisiert. Laut Gesetz ist ein Anspruch auf Asyl aber bereits seit 1949 in Deutschland klar geregelt.

denkenden. Das beschriebene Geschimpfe von Rechten und Linken zeigt, wie ungebildet Politiker diesbezüglich sind. Denn im Grunde beschuldigen sie sich der Beihilfe zum Mord, wenn

von „lauter Terroristen im Land wollen“ und „Flüchtlinge ersaufen lassen“ die Rede ist.

Parteimenschen bekommen nicht mit, welche undemokratischen Ungeheuer-



Eine Gruppe von Flüchtlingen wartet auf dem Bahnhof Brenner in Südtirol.

Foto: www.picturedesk.com/EXPA/JOHANN GRODER

Foto: REUTERS/FABRIZIO BENSCH

# für Politische Bildung



Demokratiieverständnis ist keine Altersfrage. Das Durchschnittsalter der Nationalratsabgeordneten liegt bei knapp 50 Jahren.

lichkeiten sie einander an den Kopf werfen. Noch dummdreister ist der Reflex, bei Gewalttaten von Extremisten, das nicht wie jeder Demokrat sofort zu verurteilen, sondern auf Gewalt der

Gegenseite hinzuweisen. Dadurch kann man jeden Mord und Totschlag rechtfertigen.

**5** Morgen beginnt übrigens in West- und Südösterreich die Schule, wo

„Demokratielernen“ ausbaufähig ist. Politische Bildung ist ein Unterrichtsfach, doch meistens in Kombination mit anderen Fächern. Mangels Eigenständigkeit bleiben weniger Stunden, um Politik besser zu verstehen.

Zudem soll Politische Bildung als Unterrichtsprinzip in sämtlichen Fächern und Schultypen berücksichtigt werden. Leider haben wir von der Sexual- bis zur Verkehrserziehung zehn Prinzipien, die kein Lehrer neben dem per Verordnung vorgeschriebenen Lehrplan zeitlich unterbringt. Wer das Asylthema trotzdem unterrichten will, hat in der Regel dafür keine wirklich spezifische Aus- oder Fortbildung, was für Mathematiklehrer undenkbar wäre.

**6** Und was ist mit der Demokratie in der Erwachsenenbildung? Hier finden sich mehr Kurse für Kochen

oder obscure Dinge wie Energetik als über Menschenrechte und Asyl! Zur Erinnerung: Ein Ex-Autohändler erhielt als „Bewusstseinsforscher“ fast 100.000 Euro, weil er die Luft beim Krankenhaus Nord in Wien angeblich energetisch gereinigt hat. Was immer das sein mag. Da ist es tausendmal sinnvoller, Millionen an Steuergeld für mehr Demokratiebewusstsein auszugeben.

Außerdem ist es nie zu spät, um Demokratie besser zu verstehen. Es gibt nicht bloß jugendliche Wirt- und Dummköpfe sowie ein paar Verfassungsfeinde, sondern das betrifft Österreicher jeden Alters. Übrigens beträgt das Durchschnittsalter der Nationalratsabgeordneten beinahe 50 Jahre. Pflichtprogramme „Politische Bildung für Politiker“ wären ebenfalls eine gute Idee.

